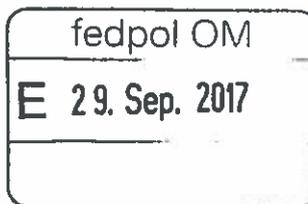


REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat



A-Post Plus
Bundesamt für Polizei
Nussbaumstrasse 29
3003 Bern

27. September 2017

Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. Juni 2017 haben Sie uns zur Vernehmlassung des obengenannten Geschäfts eingeladen. Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und nehmen diese gerne wahr.

Das schweizerische Recht vermag den Erfordernissen des Übereinkommens bereits heute zu genügen. Für den Kanton Aargau werden die möglichen Massnahmen auch im Konkordat umgesetzt. Das neue Übereinkommen enthält zusätzlich zu den Sicherheits- und Schutzmassnahmen auch den Dienstleistungsgedanken. Im Rahmen des "Good Hostings"-Konzepts wird diesem Gedanken bereits heute Rechnung getragen. Auch diese Erfordernisse werden im Rahmen der standardisierten Abspracherapporte mit allen Partnern (Kantonspolizei, Regionalpolizei, Sicherheitsverantwortliche, Szenenkenner, Staatsanwaltschaft, Fussballvereine, Einsatzleitungen usw.) bereits heute erfüllt. Die Zusammenarbeit funktioniert sehr gut.

Wir unterstützen die Genehmigung des Übereinkommens.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Stephan Attiger
Landammann



Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- hoogan@fedpol.admin.ch



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

25. Sep. 2017

N. _____

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 22. September 2017

Eidg. Vernehmlassung; Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. Juni 2017 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) eingeladen, zum eingangs erwähnten Entwurf Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Aus Sicht des Regierungsrates wird der Beitritt zum Übereinkommen für eine international einheitlichen Handhabung von risikobehafteten Sportveranstaltungen begrüsst.

In der Schweiz stehen vor allem die beiden höchsten Ligen sowie die Nationalmannschaften von Fussball und Eishockey im Fokus. Die Kantone verfügen mit dem „Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen“ bereits über eine ausreichende rechtliche Grundlage zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

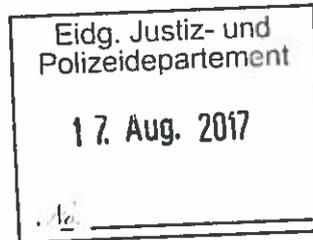
Roger Nobs, Ratschreiber



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 24
Telefax +41 71 788 93 39
michaela.inauen@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell



Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement
3003 Bern

Appenzell, 16. August 2017

Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. Juni 2017 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum oben erwähnten Übereinkommen zukommen lassen. Wir haben die Unterlagen geprüft und können Ihnen mitteilen, dass wir damit einverstanden sind.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- hoogan@fedpol.admin.ch
- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Bern

Per E-Mail an:
hoogan@fedpol.admin.ch

Liestal, 26. September 2017

Vernehmlassung

betreffend Genehmigung und Umsetzung des Europarat-Übereinkommens über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Meinungsäusserung.

Mit der Ratifizierung des Übereinkommens werden die Behörden der Vertragsstaaten verpflichtet, Umsetzungsarbeiten bezüglich Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen vorzunehmen. Dies in den Bereichen des nationalen Rechts, der stellenübergreifenden, partnerschaftlichen Zusammenarbeit, der Koordinationsprozesse und der Sicherheit von Sportveranstaltungen und Sportstätten. Zudem werden die Anforderungen an die Sicherheit im öffentlichen Raum, die Eventual- und Notfallplanung und die Beziehung zu den Fans und der Bevölkerung beschrieben. In der Schweiz wie auch im Kanton Basel-Landschaft werden diese Bereiche bereits heute erfüllt. Bei einer Ratifizierung ergeben sich für unseren Kanton keinerlei Änderungen.

Hochachtungsvoll



Monica Gschwind
Vize-Regierungspräsidentin



Dr. Peter Vetter
Landschreiber



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

An das Bundesamt für Polizei (fedpol)

Per Email:
hoogan@fedpol.admin.ch

Basel, 18. Oktober 2017

Präsidialnummer: P171084

Regierungsratsbeschluss vom 17. Oktober 2017

Vernehmlassung zum Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen: Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. Juni 2017 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen zukommen lassen.

Der Kanton Basel-Stadt hat zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft, dem FC Basel und der (damaligen) Stadionbetreiberin Basel United AG in den vergangenen Jahren ein gut vernetztes, multidisziplinäres Modell gegen Gewalt anlässlich von Sportanlässen entwickelt. Im Vordergrund steht der Dialog, im Einzelfall wird auch konsequent eingeschritten. Die Behörden suchen nach Verbesserungen nicht in immer neuen gesetzlichen Regulierungen, sondern im stetigen Erkenntnisgewinn «an der Front». Das Basler Modell hat sich für die hiesigen Verhältnisse bewährt.

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement begrüsst die Stossrichtung des Übereinkommens des Europarats – dieses korrespondiert mit dem multidisziplinären Basler Modell.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann
Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

EJPD
Fedpol

Per Mail: hoogan@fedpol.admin.ch

18. Oktober 2017

RRB-Nr.: 1 0 5 2 / 2 0 1 7
Direktion Polizei- und Militärdirektion
Unser Zeichen 2017.POM.491 / m6hv
Ihr Zeichen
Klassifizierung Nicht klassifiziert



Vernehmlassung des Bundes: Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen.

Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Gewalt an Sportveranstaltungen kann nur mit einem ganzheitlichen Ansatz verhindert werden – wie es auch das totalrevidierte Übereinkommen des Europarats vorsieht. Der Regierungsrat stimmt daher dem vorgesehenen Bundesbeschluss betreffend die Genehmigung des Übereinkommens zu.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident

Bernhard Pulver

Der Staatsschreiber

Christoph Auer

Verteiler

- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
- Polizei- und Militärdirektion



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Département fédéral de justice et police DFJP
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Par courrier électronique à :
hoogan@fedpol.admin.ch

Fribourg, le 26 septembre 2017

Approbation de la Convention du Conseil de l'Europe du 3 juillet 2016 sur une approche intégrée de la sécurité, de la sûreté et des services lors des matches de football et autres manifestations sportives - Consultation

Madame, Monsieur,

Nous nous référons à la consultation notée en titre, qui a retenu la meilleure attention du Conseil d'Etat fribourgeois.

Dans le délai imparti, nous vous faisons parvenir nos remarques.

D'une manière générale, nous saluons le principe de cette convention et les engagements pris par les signataires. Il est en effet primordial de défendre les valeurs positives du sport et de lutter contre les fléaux qui l'en détournent. Nous constatons que la ratification de cette convention n'aura aucune incidence sur la future manière de travailler en Suisse, le concordat instituant des mesures contre la violence lors de manifestations sportives contenant déjà tous les points mis en exergue par la nouvelle convention. A cet égard, nous relevons qu'un effort certain a été accompli par la Suisse dans le domaine de la sécurité lors des manifestations sportives et espérons que ces efforts pourront être reconnus au-delà de nos frontières.

Enfin, le Conseil d'Etat fribourgeois tient à rappeler que la Plateforme de coordination policière sport (PCPS) est le bureau de coordination pour la Suisse, et, à ce titre, le garant pour une approche des solutions et des stratégies uniques. A ce titre, la ratification de cette convention ne générera pas de besoin en ressources supplémentaires.

Nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Maurice Ropraz
Président

Au nom du Conseil d'Etat :



Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



Genève, le 18 octobre 2017

Le Conseil d'Etat

4910-2017

Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

19. Okt. 2017

N^o. _____

Madame Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Département fédéral de justice et police
(DFJP)
Palais fédéral ouest
CH-3003 Berne

Concerne : Convention du Conseil de l'Europe sur une approche intégrée de la sécurité, de la sûreté et des services lors des matches de football et autres manifestations sportives – procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Après examen attentif de votre demande du 28 juin 2017, relative à l'objet mentionné sous rubrique, le Conseil d'Etat de la République et du Canton de Genève vous remercie de l'avoir consulté et vous prie de trouver ci-après ses commentaires.

Notre Conseil constate que la révision complète de la Convention n'entraîne aucune modification du droit suisse; notre pays s'étant constamment adapté face aux exigences des meilleures pratiques acquises aux niveaux national et international en la matière. Nous ne pouvons ainsi que soutenir l'adhésion de la Suisse à la Convention et ainsi l'établissement d'une approche uniforme au niveau international des manifestations sportives à risque.

Notre Conseil relève néanmoins quelques points de la Convention qui pourraient être améliorés sur notre territoire afin de réduire les risques de violence lors de manifestations sportives.

Art. 5 Sécurité, sûreté et services dans les stades

Concernant le canton de Genève, les mesures architectoniques sont intégrées à l'autorisation de match délivrée par la police. Il conviendrait d'associer un membre policier ou de l'organe de délivrance de l'autorisation dans les nouvelles constructions, mais également dans les travaux d'aménagement. En effet, l'accueil voulu par les clubs ne correspond pas toujours aux standards de sécurité.

Pour ce qui est des contrôles visant à empêcher les spectateurs d'introduire dans l'enceinte des stades des objets susceptibles de servir à des actes de violences, l'Association suisse de football (ASF) et la Swiss Football League (SFL) ont mis en place un dispositif nommé «*Good Hosting*» qui tend à diminuer les contrôles aux entrées des enceintes sportives tout en renforçant les actions de ciblage des spectateurs. Relevons toutefois que les supporters à risques ont une grande capacité d'adaptation et des objets interdits et/ou dangereux peuvent être introduits par l'ensemble des spectateurs.

Art. 6 Sécurité, sûreté et services dans les lieux publics

A ce jour, aucune mesure ne permet aux autorités d'empêcher le déplacement d'un groupe de supporters à risques. A l'instar des arrêtés préfectoraux qui peuvent être pris en France, il serait judicieux d'adopter une législation qui permette aux autorités suisses d'agir dans ce sens.

Art 8 Relations avec les supporters et la population locale

Certaines organisations sportives ont à leur disposition un responsable de supporters, pour autant qu'il soit pleinement reconnu et qu'il dispose du pouvoir nécessaire pour diriger, appuyer ou encadrer un groupe de supporters; en effet, la plupart des groupes de supporters ne sont pas structurés. Il conviendrait que les différents organismes impliqués et collaborant en matière de manifestations sportives renforcent ce rôle de responsable et sa reconnaissance dans les clubs de l'élite notamment.

Autres mesures

Nous constatons encore qu'à ce jour, aucune campagne de prévention à l'échelle nationale – à l'instar des campagnes contre la violence routière – ne semble avoir été mise en place pour diminuer l'attrait de la violence dans les manifestations sportives, notamment auprès des plus jeunes, soit un public cible se situant entre 12 et 18 ans.

Enfin, nous relevons que si la Suisse dispose d'une plate-forme de coordination entre la police et les organismes actifs en matière d'événements sportifs, il serait judicieux que cette plate-forme prenne en charge cette Convention avec la collaboration étroite et renforcée de l'Office fédéral de la police (fedpol), afin d'élaborer de nouveaux outils de prévention et de lutte contre les groupes prônant la violence dans les manifestations sportives.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre considération distinguée.

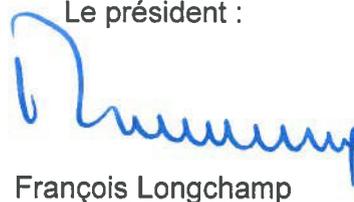
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



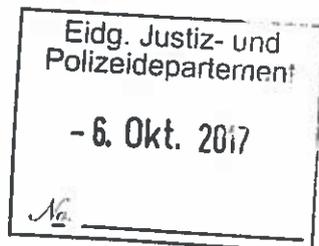
Anja Wyden Guépa

Le président :



François Longchamp

Copie à : Office fédéral de la police (fedpol)
Nussbaumstrasse 29
CH-3003 Berne



Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Glarus, 3. Oktober 2017
Unsere Ref: 2017-147

Vernehmlassung zum Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie gaben uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen mit, dass wir die Vorlage unterstützen. Mit dem Beitritt unterstützt die Schweiz die international einheitliche Handhabung von risikobehafteten Sportveranstaltungen.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat



Rolf Widmer
Landammann

Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an: hoogan@fedpol.admin.ch

versandt am: **05. Okt. 2017**



Sitzung vom

16. Oktober 2017

Mitgeteilt den

17. Oktober 2017

Protokoll Nr.

859

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Per E-Mail (PDF und Word-Version) zustellen an: hoogan@fedpol.admin.ch

Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. Juni 2017 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich zu erwähntem Geschäft zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Die uns zugesandte Dokumentation haben wir geprüft. Die Regierung begrüsst das Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen. Wir haben keine weitergehenden Anmerkungen.



Namens der Regierung

Die Präsidentin:

B. Janom Steiner

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Département fédéral de justice et police DFJP
Par courriel : hoogan@fedpol.admin.ch

Delémont, le 16 août 2017

**Convention du Conseil de l'Europe sur une approche intégrée de la sécurité, de la sûreté
et des services lors des matchs de football et autres manifestations sportives -
Consultation**

Madame la Conseillère fédérale,
Mesdames, Messieurs,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura accuse réception de votre courrier du 28 juin 2017 et vous remercie de l'avoir consulté.

Après examen, il vous informe qu'il n'a aucune remarque à formuler et vous présente, Madame la Conseillère fédérale, Mesdames, Messieurs, ses salutations distinguées.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Nathalie Barthoulot
Présidente




Jean-Baptiste Maître
Suppléant du chancelier d'État



Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
Telefax 041 228 67 27
justiz@lu.ch
www.lu.ch

Zustellung an:
hoogan@fedpol.admin.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

Luzern, 26. September 2017

Protokoll-Nr.: 1058

Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 28. Juni 2017 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement die Kantonsregierungen im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zum Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns im Namen und Auftrag des Regierungsrates wie folgt:

Wir stimmen dem Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen zu. Das neue Übereinkommen löst das Übereinkommen von 1985 über Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen von Zuschauern bei Sportanlässen, insbesondere bei Fussballspielen ab, welchem die Schweiz 1990 beigetreten ist. Nach rund 30 Jahren erachten wir es für richtig, mit dem neuen Übereinkommen nebst den Sicherheits- und Schutzmassnahmen auch den Dienstleistungsgedanken Rechnung zu tragen.

Mit dem Beitritt zum Übereinkommen bezeugt die Schweiz, dass sie einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer international einheitlichen Handhabung von risikobehafteten Sportveranstaltungen unterstützt. Als Sitzstaat vieler internationaler Sportorganisationen ist es opportun, dass die Schweiz gegenüber der Staatengemeinschaft zeigt, dass sie gewillt ist, beim ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen Verantwortung zu übernehmen. Dies rechtfertigt sich auch, da Bund und Kantone mit ihren geltenden rechtlichen Grundlagen die Anforderungen des neuen Übereinkommens bereits vollständig erfüllen.

Wir gehen aber auch davon aus, dass entsprechend dem erläuternden Bericht der Vernehmlassungsvorlage die Genehmigung des Übereinkommens weder finanzielle noch personelle Auswirkungen auf die Kantone hat und tatsächlich keine Mehrbelastungen auf die Kantone zukommen werden.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse



Paul Winiker
Regierungsrat

DÉPARTEMENT DE LA JUSTICE,
DE LA SÉCURITÉ ET DE LA CULTURE
LE CONSEILLER D'ÉTAT
CHEF DE DÉPARTEMENT

Office fédéral de la police
Nussbaumstrasse 29
3003 Berne

Neuchâtel, le 3 octobre 2017

Consultation portant sur la Convention du Conseil de l'Europe sur une approche intégrée de la sécurité, de la sûreté et des services lors des matches de football et autres manifestations sportives

Madame, Monsieur,

Donnant suite au courrier de Mme Sommaruga du 28 juin dernier, j'ai l'honneur de vous faire part de l'avis du canton de Neuchâtel sur l'objet cité en marge.

Nous avons pris connaissance avec grand intérêt du contenu de cette convention et parvenons à la même constatation que vous qu'elle n'entraînera aucune modification du droit et de la pratique actuelle suisse, déjà très évolués dans ce domaine. Nous prenons ainsi acte de la volonté de la Suisse d'y adhérer afin de manifester son soutien à l'établissement d'une approche uniforme au niveau international. Ceci dit, cela devrait également être l'occasion pour la Suisse de saisir l'opportunité de pousser plus loin l'harmonisation de ses pratiques nationales comme par exemple les mesures à prendre lors d'événements intervenant sur les déplacements des supporters en marge des manifestations sportives.

Par ailleurs, nous appelons de nos vœux une réciprocité maximale dans la mise en œuvre des mesures recommandées par la convention, particulièrement en ce qui concerne l'échange d'informations afin notamment de compenser les éventuelles réserves que pourraient prendre certains Etats, en matière d'interdictions de se rendre dans un pays.

Enfin, je vous prie de prendre note que l'interlocuteur compétent dans ce domaine est le commissaire Gilles Guignard, chef de la cellule hooliganisme de la police neuchâteloise.

Je vous remercie de nous avoir associés à la présente consultation, je vous prie d'agréer, Madame, Monsieur, mes cordiales salutations.

Alain Ribaux


Conseiller d'Etat



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 17. Oktober 2017

Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen. Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 28. Juni 2017 haben Sie uns eingeladen, zu oben genannter Vorlage Stellung zu nehmen. Wir danken für die Möglichkeit der Mitwirkung und äussern uns gerne wie folgt.

Wir unterstützen die Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen. Da das geltende Schweizer Recht bereits heute die Anforderungen dieses Übereinkommens erfüllt und somit keine weiteren Gesetzesanpassungen zu erwarten sind, die uns direkt betreffen, verzichten wir auf eine detaillierte Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Yvonne von Deschwanden
Landammann



lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:
- hoogan@fedpol.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1561, SJD

Per E-Mail an:

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Bundesamt für Polizei
3003 Bern

hoogan@fedpol.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.2920
Unser Zeichen: fu

Sarnen, 17. Oktober 2017

**Vernehmlassung zum Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen
Stellungnahme**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, *geschätzte Simonetta*
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung zum Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen.

Wir unterstützen die Genehmigung des Übereinkommens und danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse


Christoph Amstad
Regierungsrat

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Kapo
- Staatskanzlei mit den Akten (OWSTK.2920)

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat

Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 71 11
F +41 52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch



Regierungsrat

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

per E-Mail:
hoogan@fedpol.admin.ch

Schaffhausen, 22. August 2017

Vernehmlassung EJPD betreffend Genehmigung des Übereinkommens des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen; Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

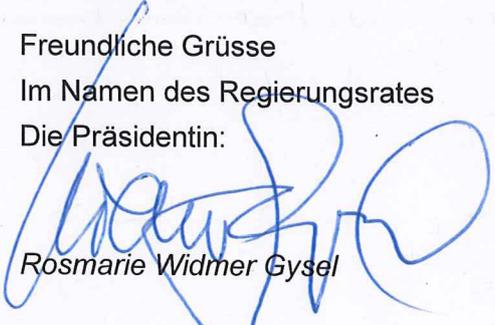
Mit Schreiben vom 28. Juni 2017 haben Sie uns eingeladen, in Sachen Genehmigung des Übereinkommens des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen Stellung zu nehmen.

Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und teilen Ihnen mit, dass wir in dieser Sache keine Vorbehalte anzubringen haben. Die Ergänzungen im neuen Übereinkommen sind zum grossen Teil sprachlicher Natur. Die Genehmigung des Übereinkommens bedingt keine Anpassung der Gesetzgebung, da der Bund und die Kantone mit ihren geltenden rechtlichen Grundlagen die Anforderungen bereits vollständig erfüllen. Auch hat es für die Kantone keine neuen finanziellen oder personellen Auswirkungen.

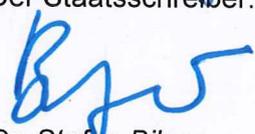
Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme.



Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates
Die Präsidentin:


Rosmarie Widmer Gysel

Der Staatsschreiber:


Dr. Stefan Bilger

6431 Schwyz, Postfach 1260

An das
Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD

per Mail an: hoogan@fedpol.admin.ch

Schwyz, 26. September 2017

Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. Juni 2017 lädt das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) die Kantonsregierungen ein, bis 20. Oktober 2017 Stellung zum Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Schwyz äussert sich dazu wie folgt:

Das vorliegende, neue Übereinkommen ist ein Schritt hin zur Aktualisierung und zur Vereinheitlichung der internationalen Verpflichtungen unter Berücksichtigung der Best Practice. Aus den Vernehmlassungsunterlagen ergibt sich, dass das schweizerische Recht den Erfordernissen des Übereinkommens bereits heute zu genügen vermag. Auf eine Vernehmlassung wird daher verzichtet.

Wir danken indessen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:

Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber



Kopie z.K. an: Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Bundesamt für Polizei fedpol
Direktionsbereich Dienste
Nussbaumstrasse 29
3003 Bern

26. September 2017

Übereinkommen des Europarates über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen – Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. Juni 2017 haben Sie uns eingeladen, zum Entwurf des Bundesbeschlusses betreffend die Genehmigung des Übereinkommens des Europarates über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen (nachfolgend Übereinkommen) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Wir begrüssen die Genehmigung des Übereinkommens. Die in der Präambel des Übereinkommens genannten Ziele sind unbestritten. Auch dürfte Einigkeit darüber bestehen, dass es eines ganzheitlichen Ansatzes bedarf, um im Rahmen von Sportveranstaltungen die Sicherheit zu gewährleisten und den Schutz aller Beteiligten wirksam sicherzustellen. Wesentlich in diesem Zusammenhang sind u.a. die Begriffsbestimmungen nach Artikel 3 des Übereinkommens. Ausdrücklich begrüssen wir Artikel 5 Absatz 5 des Übereinkommens: Sportveranstaltungen dürfen nicht zur Vornahme rassistischer oder diskriminierender Handlungen missbraucht werden. Unabhängig von der strafrechtlichen Relevanz wohnt derartigem Verhalten erfahrungsgemäss ein erhebliches Gewaltpotential inne.

Die Vertragsparteien stehen nach Artikel 5 Absatz 6 des Übereinkommens in der Pflicht, die zuständigen Stellen anzuhalten, die nötige Ausstattung und angemessene Schulung der Beschäftigten sicherzustellen, die an Sportveranstaltungen für Sicherheit und Schutz sorgen. Bekanntlich kennen nicht alle Kantone eine Bewilligungspflicht für private Sicherheitsdienstleister. Mit dem voraussichtlichen Scheitern des Konkordats über Private Sicherheitsdienstleistungen (KÜPS) müsste der Bund die Bestimmung zum Anlass für entsprechende Diskussionen mit den Kantonen nehmen.

Mit dem Einbezug des Reisewegs und der Public-Viewing-Bereiche in den örtlichen Geltungsbereich des Übereinkommens (Art. 6 des Übereinkommens) erfolgt ausserdem eine sachgerechte Anpassung an geänderte Verhältnisse.

Die dargelegten Polizeistrategien und –einsätze nach Artikel 9 des Übereinkommens entsprechen den Grundsätzen, welchen die Polizei Kanton Solothurn seit längerem erfolgreich

nachlebt (u.a. Implementierung von Spotttern, Einsatz von Dialogteams und konsequentes Verfolgen der 3-D-Strategie). Ein gewisser Nachholbedarf könnte allenfalls in der regelmässigen Beurteilung und Weiterentwicklung der Strategien bestehen. Weil deren Beurteilung vor dem Hintergrund nationaler und internationaler Erfahrungen vorzunehmen ist, gehen wir davon aus, dass der Bund die nötige Koordinations- und Führungsaufgabe übernimmt. Artikel 10 des Übereinkommens stellt für die Schweiz keine neue Verpflichtung dar. Wichtig erscheint uns der Hinweis, dass es teilweise an den Möglichkeiten und/oder der Bereitschaft der Stadionbetreiber mangelt, erlassene Verbote durchzusetzen. Zur Gewährleistung von Sicherheit und Schutz an Sportveranstaltungen ist die konsequente Wahrnehmung der Verantwortung durch die Sportverbände und Stadionbetreiber unabdingbar.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES


Dr. Remo Ankli
Landammann


Andreas Eng
Staatschreiber



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 18. Oktober 2017

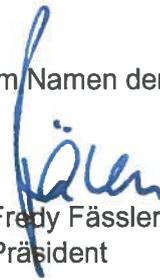
Übereinkommen des Europarates über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 28. Juni 2017 laden Sie uns hinsichtlich des Übereinkommens des Europarates über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen zur Vernehmlassung ein.

Wir danken für diese Gelegenheit und teilen Ihnen mit, dass die Regierung des Kantons St.Gallen mit der Genehmigung und Ratifizierung des erwähnten Übereinkommens einverstanden ist.

Im Namen der Regierung


Fredy Fässler
Präsident


Canisius Braun
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
hoogan@fedpol.admin.ch

numero			Bellinzona
4219	fr	0	27 settembre 2017
Repubblica e Cantone Ticino Consiglio di Stato Piazza Governo 6 Casella postale 2170 6501 Bellinzona telefono +41 91 814 43 20 fax +41 91 814 44 35 e-mail can-sc@ti.ch			Repubblica e Cantone Ticino

Il Consiglio di Stato

Ufficio federale di giustizia e polizia DFGP
Palazzo federale ovest
3003 Berna

invio per email: hoogan@fedpol.admin.ch

Procedura di consultazione concernente l'approvazione della Convenzione del Consiglio d'Europa su un approccio integrato in materia di sicurezza fisica, sicurezza pubblica e servizi in occasione di incontri calcistici e di altre manifestazioni sportive

Gentili signore,
Egredi signori,

abbiamo ricevuto la vostra lettera del 28 giugno 2017, la Convenzione del Consiglio d'Europa conclusa a St. Denis il 3 luglio 2016, unitamente al Decreto federale che la approva, ed il rapporto esplicativo in merito alla summenzionata procedura di consultazione e, ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, formuliamo le seguenti osservazioni.

Ritenuto che la Convenzione proposta costituisce la rivisitazione integrale della Convenzione 120 (*Convenzione europea sulla violenza e i disordini degli spettatori durante le manifestazioni sportive*), alla quale la Svizzera aveva aderito nel 1990, e che tale documento rappresenta un'importante tappa verso l'aggiornamento e l'armonizzazione degli obblighi internazionali nell'ambito di incontri calcistici o di altre manifestazioni sportive, salutiamo positivamente tale documento.

Preso atto del fatto che la nuova Convenzione sarà orientata non solo alla repressione, ma dovrà contemplare misure di prevenzione finalizzate a garantire un ambiente accogliente per i tifosi e che la sua modifica non richiede alcun cambiamento della legislazione svizzera poiché Confederazione e Cantoni dispongono già di basi giuridiche che soddisfano i requisiti prescritti dalla Convenzione, con il presente scritto confermiamo il nostro sostegno per una gestione uniforme, a livello internazionale, delle manifestazioni sportive a rischio.

È bene precisare che, per quanto riguarda i singoli articoli proposti nella nuova Convenzione, gli stessi contengono delle disposizioni in sintonia con le basi legali e le raccomandazioni di cui il nostro Paese si è già dotato nel corso degli ultimi anni, a questo proposito citiamo:

- il Concordato sulle misure contro la violenza in occasione di manifestazioni sportive 15.11.2007 – 02.02.2012 (RL 1.4.2.3.1);

- le raccomandazioni della Conferenza dei Comandanti delle Polizie cantonali svizzere (CCDPS) del 27 ottobre 2016;
- le raccomandazioni della Conferenza delle Diretrici e dei Direttori dei Dipartimenti cantonali di giustizia e polizia (CDDGP) del 30 giugno 2016.

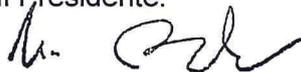
Aggiungiamo infine che, a livello nazionale, il gruppo di lavoro "*Bewilligungsbehörde und der Dialog Fussballpolitik*", composto dai rappresentanti dei Consiglieri di Stato, Municipali, Comandanti di Polizia, Ufficiali superiori di Polizia, Ministero Pubblico, Polizia dei Trasporti, Suisse Football League, Swiss Ice Hockey League, adempie i principi e gli scopi contenuti nel preambolo e sanciti dagli artt. 2 e 3 della nuova Convenzione, con particolare attenzione al nuovo approccio integrato, pluri-istituzionale e basato sul partenariato, con lo scopo di garantire un ambiente sicuro in occasione di incontri sportivi e riducendo i rischi per la sicurezza e l'integrità fisica.

Per quanto sopra esposto, con l'intento di sostenere i valori fondamentali del Consiglio d'Europa, quali la coesione sociale, la tolleranza, il rispetto e la non-discriminazione, condividiamo quanto proposto e ci rimettiamo al parere del lodevole Dipartimento federale.

Vogliate gradire, gentili signore ed egregi signori, l'espressione della nostra stima.

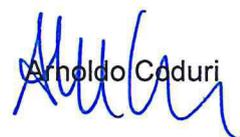
PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:



Manuele Bertoli

Il Cancelliere:



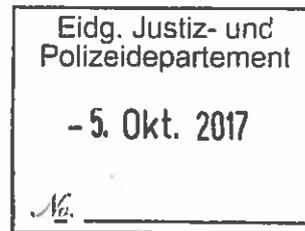
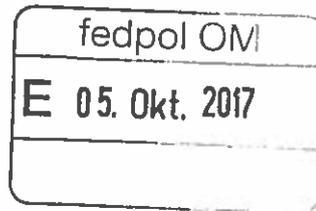
Arnoldo Caduri

Copia per conoscenza a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch);
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg@ti.ch);
- Comando della polizia cantonale (polizia-segr@polca.ti.ch);
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in Internet.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Frau Simonetta Sommaruga
Bundesrätin
Bundeshaus West
3003 Bern



Frauenfeld, 3. Oktober 2017

Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zum Entwurf für einen Bundesbeschluss über die Genehmigung des Übereinkommens vom 3. Juli 2016 des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Vorlage einverstanden sind.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates

Der Staatschreiber





Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

2. Okt. 2017

Ad.

Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement (EJPD)
Bundeshaus West
3003 Bern

Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. Juni 2017 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zum Bundesbeschluss betreffend Genehmigung des Übereinkommens des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat ist mit dem erwähnten Bundesbeschluss einverstanden und verzichtet auf eine einlässliche Vernehmlassung.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie mit vorzüglicher Hochachtung.

Altdorf, 29. September 2017



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Beat Jörg

Roman Balli

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

2. Okt. 2017

Madame la Conseillère fédérale
Simonetta Sommaruga
Cheffe du Département fédéral de justice
et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Réf. : MFP/15022617

Lausanne, le 27 septembre 2017

Consultation fédérale portant sur le projet de Convention de l'Europe sur une approche intégrée de la sécurité, de la sûreté et des services lors de matchs de football et autres manifestations sportives

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud se réfère à votre correspondance du 28 juin 2017, laquelle soumet à la consultation des cantons le projet de Convention cité en titre.

Après une lecture attentive de son contenu, le Gouvernement vaudois se prononce en faveur de la Convention soumise.

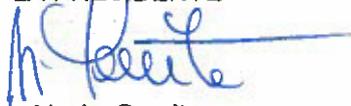
Le Conseil d'Etat rappelle en effet sa ferme volonté de lutter contre la violence dans le cadre de manifestations sportives. A cet égard, les bases légales nécessaires ont été créées au niveau fédéral et cantonal, de manière à répondre le plus efficacement possible aux actes violents commis notamment dans le cadre de matchs de football.

Le projet de Convention de l'Europe tel qu'il est soumis en consultation s'inscrit parfaitement dans ce cadre, de sorte que cette démarche peut être saluée. En revanche, le Canton de Vaud tient à rappeler son autonomie dans la mise en œuvre des mesures de prévention et de répression contre la violence lors de manifestations sportives, conformément à ce que prévoit le Concordat du 15 novembre 2007 instituant des mesures contre la violence lors de manifestations sportives (C-MVMS).

En vous remerciant de la bienveillante attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments distingués.

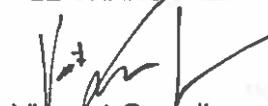
AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRÉSIDENTE



Nuria Gorrite

LE CHANCELIER



Vincent Grandjean

Copies

- OAE
- Polcant



Conseil d'Etat
Staatsrat

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Eidg. Justiz- und
Polizei-departement

13. Okt. 2017

No. _____



2017.03207

Madame
Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Cheffe du Département fédéral
de justice et police
3003 Berne

Date 13 octobre 2017

Convention du Conseil de l'Europe sur une approche intégrée de la sécurité, de la sûreté et des services lors des matches de football et autres manifestations sportives

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du canton du Valais vous remercie de l'avoir consulté au sujet de la convention précitée et se détermine à ce sujet ainsi qu'il suit.

De manière générale, une coordination sur le plan international des mesures et autres moyens permettant de lutter contre la violence lors des manifestations sportives ne peut être que saluée. Ce phénomène dépasse en effet largement les frontières helvétiques.

L'application de la présente convention ne peut être ainsi que soutenue par notre Gouvernement. Il est à noter que le droit suisse, en particulier le concordat instituant des mesures contre la violence lors de manifestations sportives, satisfait déjà pleinement aux exigences européennes édictées en la matière.

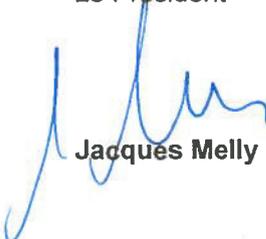
Nous attirons toutefois l'attention sur le fait que si les mesures arrêtées à ce jour pour lutter contre la violence donnent satisfaction, elles doivent en permanence être appréciées et adaptées à l'évolution de la situation. Seuls des textes législatifs prévoyant des sanctions efficaces permettront en effet de garantir la crédibilité des actions des forces de police sur le terrain et un effet dissuasif auprès des individus à risques pouvant mettre gravement en danger la sécurité publique.

Au vu de ce qui précède, le Conseil d'Etat valaisan approuve le projet d'arrêté approuvant la Convention du Conseil de l'Europe du 3 juillet 2016 sur une approche intégrée de la sécurité, de la sûreté et des services lors des matches de football et autres manifestations sportives.

Nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre considération distinguée.

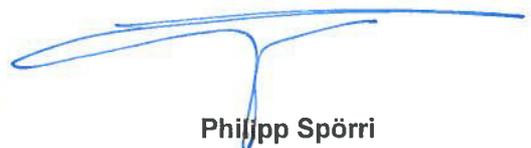
Au nom du Conseil d'Etat

Le Président

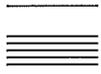

Jacques Melly



Le Chancelier


Philipp Spörri





Sicherheitsdirektion, Postfach, 6301 Zug

Per E-Mail

Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Polizei fedpol
Direktionbereich Hooliganismus
Nussbaumstrasse 29
CH-3003 Bern

T direkt 041 728 50 21
beat.villiger@zg.ch
Zug, 10. Oktober 2017 TOAR
SD SDS 7.11 / 181

**Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen
Vernehmlassungsantwort des Kantons Zug**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. Juni 2017 haben Sie die Kantonsregierung eingeladen, zum erläuternden Bericht und zum Entwurf des Bundesbeschlusses betreffend die Genehmigung des Übereinkommens Stellung zu nehmen. Diese Gelegenheit nehmen wir im Auftrag des Regierungsrats gerne wahr.

Wir sind mit dem Bundesbeschluss über die Genehmigung des Übereinkommens des Europarats vom 3. Juli 2016 einverstanden. Wir begrüssen das vorliegende, auf gemeinsame, internationale Best Practice beruhende Vertragswerk, das dem Sinn und Geist der in der Schweiz rechtlich und praktisch bereits umgesetzten Massnahmen zur Bekämpfung von Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen entspricht. Wir stellen fest, dass aus dem Beitritt der Schweiz zum Übereinkommen keine neuen Verpflichtungen für die Kantone entstehen.

Die Erläuterungen im Bericht zur Vernehmlassungsvorlage tragen zum näheren Verständnis des Übereinkommens bei und beschreiben, wie die einzelnen Bestimmungen in der Schweiz umgesetzt sind. Wir beschränken uns bei den folgenden Anträgen zum erläuternden Bericht daher auf Ergänzungen des Ist-Zustandes und verzichten darauf, Forderungen zu formulieren, die im Rahmen der konkreten Umsetzung einzelner Massnahmen oder im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Akteuren einzubringen wären.

Anträge

zu Art. 5 – Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen in Sportstadien

Es seien im Bereich der Zutrittskontrollen die technischen Einrichtungen mit der Möglichkeit zur Personenidentifikation zu erwähnen.

Zu Art. 10 – Verhinderung und Sanktionen rechtswidrigen Verhaltens

Es sei die Sanktionierung der Veranstaltenden, wenn sie behördliche Auflagen missachten, aufzuführen.

Begründungen

Zu Art. 5

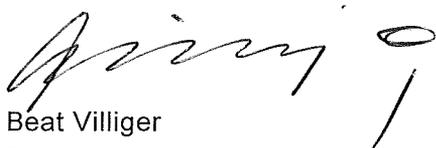
Im Bereich der Zutrittskontrollen zu den Stadien leisten technische Vorkehrungen mit gleichzeitiger Personenidentifikation einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit der Zuschauerinnen und Zuschauer, indem sie gewaltbereite Personen aus den kontrollierten Sektoren fernhalten. Im Kanton Zug und im Ausland werden seit einigen Jahren sehr gute Erfahrungen damit gemacht. Diese Eingangskontrollen mit technischer Identifikationsmöglichkeit sollten in die Erläuterungen an geeigneter Stelle als eine in der Schweiz angewendete Massnahme erwähnt werden.

Zu Art. 10

Die Erläuterungen zu Abs. 3 beschränken sich auf strafrechtliche Sanktionen gegen die Fans. Wir sind der Ansicht, dass auch die Sanktionierungsmöglichkeiten, die sich gegen die Veranstaltenden und nicht gegen Fans richten, im Bericht erwähnt werden sollten. Die für die Sicherheit zuständigen Organe haben gestützt auf Art. 3a. Abs. 4 des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen die Möglichkeit, die Bewilligungen für Sportanlässe mit Auflagen für die Sportklubs und Veranstaltenden zu versehen. Bei einer Missachtung von Bewilligungsauflagen müssen die Veranstaltenden mit Sanktionen rechnen, von zusätzlichen Auflagen bis hin zu einem Bewilligungsentzug. Gleichzeitig können sie für Schäden belangt werden kann, die auf eine Verletzung von Auflagen zurückzuführen sind.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bitten Sie, unsere Anträge zu beachten.

Freundliche Grüsse
Sicherheitsdirektion



Beat Villiger
Regierungsrat

Kopie an:

- hoogan@fedpol.admin.ch (Word und Pdf)
- Staatskanzlei (elisabeth.kaeppli@zg.ch) zum Aufschalten der Vernehmlassung im Internet
- Zuger Polizei (kommandant.zupo@zg.ch)



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

19. Sep. 2017

Al.

13. September 2017 (RRB Nr. 824/2017)

**Übereinkommen des Europarates über einen ganzheitlichen Ansatz
für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen
Sportveranstaltungen; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die mit Schreiben vom 28. Juni 2017 eingeräumte Gelegenheit, zum Übereinkommen des Europarates über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen sowie zum entsprechenden Genehmigungsbeschluss der Bundesversammlung Stellung zu nehmen, und äussern uns wie folgt:

Wir unterstützen die Genehmigung und Ratifikation des totalrevidierten Übereinkommens und schliessen uns den diesbezüglichen Überlegungen im erläuternden Bericht an. Von Bedeutung für die Umsetzung der Vorgaben des Übereinkommens des Europarates in den Kantonen ist namentlich das Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 15. November 2007 mit den am 2. Februar 2012 verabschiedeten Erweiterungen. In diesem Zusammenhang ist nach wie vor zu bedauern, dass sich die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft nicht dazu entschliessen konnten, dem erweiterten Konkordat beizutreten. Eine Folge davon ist im erläuternden Bericht auf Seite 9 beschrieben. Demnach gelten Rayonverbote dieser beiden Kantone nur für ihr Kantonsgebiet und längstens für ein Jahr, wogegen alle anderen Kantone Verbote für Rayons in der ganzen Schweiz und mit einer Dauer bis zu drei Jahren aussprechen können.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:

Maas

Der Staatsschreiber:

Hun

